

Haushalt 2015:

Rede von Oberbürgermeister Werner Spec im Gemeinderat am 05.11.2014

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir eröffnen mit der heutigen Einbringung des Haushaltsentwurfs 2015 mit der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung bis zum Jahr 2018 die Beratungen zum Haushalt, die wir wie immer möglichst mit dem Beschluss über den neuen Etat im Dezember und damit fristgerecht beenden wollen. Wir starten seitens der Verwaltung mit großer Zuversicht in diese Beratungen, obwohl auch in diesem Jahr die Herausforderungen für uns alle nicht klein sind, sondern eine große Dimension erreicht haben.

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen unsere Budgetzahlen in den Kontext allgemeiner Haushaltsentwicklungen stellen und habe Ihnen Material zusammengestellt, beispielweise Erkenntnisse aus einer Studie von Ernst & Young auf der Basis einer Befragung von 300 deutschen Kommunen aus allen Bundesländern. Diese datiert vom September 2014. Sie sehen, dass ganz generell in Deutschland bereits jetzt die Haushaltssituation vieler Kommunen alles andere als rosig ist. Sie erkennen auf der linken Seite dieser Übersicht, dass 39 Prozent dieser 300 Kommunen im Jahr 2013 noch einen Haushaltsüberschuss erzielen, der grundsätzlich benötigt wird, um Mittel für Investitionen und Abschreibungen zu erwirtschaften. Bereits 2013 hatten indes 54 Prozent der Kommunen, mehr als die Hälfte, einen defizitären Haushalt. Die Prognose für 2014 verschärft diese Entwicklung dramatisch. 2014 erwarten bereits 63 Prozent der Kommunen - das sind fast zwei Drittel der Kommunen in Deutschland - einen defizitären Haushalt. Und nur noch ein Viertel rechnet im Jahr 2014 mit einem Haushaltsüberschuss und das vor dem Hintergrund einer boomenden Wirtschaft in Deutschland.

Eine weitere Übersicht zeigt die dramatische Entwicklung im Bereich der Kassenkredite. Kassenkredite sind eine Form von Verschuldung, die nicht für Investitionen getätigt wird, sondern zum Ausgleich laufender Zahlungsverpflichtungen, also konsumtiver Ausgaben. Das ist, als ob privat jemand bei seinem Konto einen Dispokredit, einen Überziehungskredit, hat. Bereits 47 Prozent, also fast die Hälfte der Kommunen, sind gezwungen, einen Teil der laufenden Ausgaben über Kassenkredite zu finanzieren. Das heißt, diese Kommunen haben sich bereits für Investitionen verschuldet und müssen nun für laufende Ausgaben Kassenkredite aufnehmen.

Immer mehr Kommunen sind gezwungen, Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen. Das heißt, dass es nicht mehr im Belieben der demokratisch gewählten Gremien steht, welche Infrastrukturen oder sonstigen Aufgaben in einer Kommune angepackt werden. Haushaltssicherungskonzepte beinhalten zumindest zum Teil, dass staatliche Aufsichtsbehörden im Zweifel darüber entscheiden, was eine Kommune jetzt noch machen darf oder nicht. Ein Instrument, das wir sonst aus der Eurokrise kennen, bei der Troikas zu Defizitsündern unter den europäischen Ländern kommen um zu sagen, was diese mit ihren Haushalten machen dürfen. Und diese Situation verschärft sich nach dieser aktuellen Umfrage bei über der Hälfte der Kommunen, nämlich bei 56 Prozent. Nur noch weniger als die Hälfte,

44 Prozent der Kommunen, kommen demnach in diesem Zeitraum voraussichtlich ohne Haushaltssicherungs- oder Haushaltskonsolidierungskonzept aus. Meine Damen und Herren, das zeigt die Dramatik dieser Entwicklung. Wir werden uns nachher mit der Frage beschäftigen, wie die Kommunen auf ihre Finanzkrise reagieren. 2014/15 sind drei Viertel der Kommunen gezwungen, Gebühren und Steuern anzupassen, um die kommunale Finanzkrise einigermaßen im Zaum zu halten. Und das in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen sprudeln und wir eine vergleichsweise gute Beschäftigung haben.

Ich präsentiere jetzt einige wenige Tabellen, die Sie über das Statistische Landesamt Baden-Württemberg oder in der Analyse der Städte durch die Industrie- und Handelskammer Stuttgart finden. Sie sehen die Entwicklung für den Zeitraum 2011 bis 2014. Bezogen auf Euro je Einwohner hat Stuttgart 2014 ein beachtlich positives Ergebnis mit 145 Euro erzielt. Ludwigsburg bewegt sich im ausgeglichenen Bereich. Sämtliche weiteren Kommunen wie Göppingen, Kirchheim usw. haben bereits 2014 zum Teil beachtliche Defizite in ihren Haushalten. Sie erkennen nun, weil auch die Frage der Personalausgaben uns hier stark beschäftigt, die Personalausgaben bezogen auf Euro pro Einwohner ohne die ausgegliederten Bereiche. Mit 931,31 Euro im Jahr 2014 führt Stuttgart diese Tabelle an. Stuttgart ist natürlich Stadtkreis, also umfassen diese Personalausgaben auch die Aufgaben, die bei uns bei den Landkreisen angesiedelt sind. Dann kommen Sindelfingen, Böblingen, Herrenberg, Waiblingen und erst an sechster Stelle stehen wir in Ludwigsburg mit 719,32 Euro pro Einwohner im Jahr 2014, und dies, obwohl wir zwischenzeitlich die zweitgrößte Stadt in der Region Stuttgart sind.

Sie sehen nun den Anteil der Personalkosten an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts in der Analyse der Industrie- und Handelskammer. Den höchsten Anteil hat hier die Stadt Kornwestheim mit 34,56 Prozent im Jahr 2014 zu verzeichnen. Ludwigsburg liegt ganz unten auf dem 24. Platz mit einem Wert von 23,56 Prozent. Bei Verwaltungs- und Betriebsausgaben ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten bezogen auf das Jahr 2014 belegt Ludwigsburg als zweitgrößte Stadt in der Region mit 525,03 Euro den zwölften Platz. Im Vergleich dazu hat Stuttgart 709,33 Euro im Jahr 2014 für diese Ausgabenposition aufgewendet und belegt damit den ersten Platz.

Ludwigsburg hat im Vergleich zu anderen Kommunen weniger investiert

Jetzt zum Schuldenstand pro Einwohner in Euro, den Leonberg anführt mit 1.756 Euro ohne die ausgegliederten Bereiche. Sie müssen relativ weit hinuntergehen auf den 19. Platz, dort liegt Ludwigsburg mit 136 Euro pro Einwohner. Die Schuldzinsen, die die Kommunen zahlen, führt ebenfalls Leonberg mit 47 Euro pro Einwohner an. Hier ist Ludwigsburg ganz in der Nähe von Winnenden, Remseck und Böblingen in der Größenordnung von 4,68 Euro. Wenn Sie die Entwicklung seit 2011 betrachten, erkennen Sie einige Kommunen, in denen diese Schuldzinsbelastung angestiegen ist in den letzten Jahren. Hier in Ludwigsburg haben wir die Belastungen im jährlichen Haushalt von niedrigen 13 Euro auf 4,68 Euro weiter deutlich reduziert.

Die Gesamtinvestitionen pro Einwohner - das ist die Frage „Tun wir zu viel? Investieren wir zu viel?“ bezogen auf die Größe der Stadt: Sie sehen hier sehr hohe Investitionen im Zeitraum 2013/14, beispielsweise in Leinfelden-Echterdingen. Wir sind als zweitgrößte Stadt auf Platz 10 mit Investitionen

2014 von 560 Euro pro Einwohner. Also, wir zeichnen uns jetzt nicht dadurch aus, dass wir unverhältnismäßig viel in diesem Zeitraum im Vergleich zu anderen Kommunen investieren.

Jetzt haben wir eine Übersicht zu den Einwohnern pro Personalstelle. Sie sehen ganz oben angeführt im Jahr 2014 Schorndorf im Verhältnis 131 Einwohner pro Stelle. Wir in Ludwigsburg liegen 82 Einwohnern pro Stelle.

Soweit einige allgemeine Hinweise. Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für die Kommunen in Deutschland haben zum Teil dramatische Ausmaße erreicht und werden sich deutlich verschärfen. Die Kommunen haben in Deutschland die Hauptaufgabe und Verantwortung übernommen, deutlich mehr für Bildung und Betreuung zu tun, mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Chancengleichheit, für den Abbau von Bildungshindernissen im Sinne besserer Qualifizierungsmöglichkeiten und eines qualifizierten Fachkräftenachwuchses. Das ist auf allen politischen Ebenen gesamtgesellschaftlicher Konsens. Die Kommunen nehmen sich also gewaltige, in dieser Größenordnung in den letzten 30 bis 40 Jahren nicht gekannte, investive und laufende zusätzliche Ausgaben vor. Aber nur ansatzweise werden sie von Bund und Ländern, auch bei uns in Baden-Württemberg, finanziell unterstützt.

Dazu kommt, dass die von der großen Koalition angekündigte Entlastung der Kommunen um fünf Milliarden Euro bislang nur zu einem kleinen Teil, zu weniger als 20 Prozent, bei den Städten und Gemeinden ankommt. 80 Prozent dieser Entlastung werden zurückgestellt bis zum Ende der Legislaturperiode. Ich sage das nicht als politischen Vorwurf, ich sage das nur deshalb, weil sich das bei uns in einer Größenordnung von vier Millionen Euro pro Jahr auswirkt.

3.500 Arbeitsplätze mehr in Ludwigsburg

Nach vielen Jahren ist es jetzt endlich gelungen, den Ausbau zur Ganztagschule gesetzlich abzusichern, was das Land lange Zeit hinausgeschoben hat, um sich vor den Folgen des Konnexitätsprinzips zu schützen. Diese Situation ist bereinigt. Es gibt in der Zwischenzeit im Bereich der Schulgesetzgebung die notwendigen Voraussetzungen, aber in der Umsetzung hapert es im Kleingedruckten dann doch wieder. Die Mittagessensverpflegung beispielsweise ist nach wie vor bei Verhandlungen zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden als Last bei den Kommunen hängen geblieben. Und so sammeln sich Beträge, die in den hohen sechs- oder in den unteren siebenstelligen Bereich hineingehen.

Es kommt bei uns in Ludwigsburg noch ein weiterer Effekt hinzu. Wir haben eine sehr erfolgreiche Entwicklung der Stadt und in den letzten fünf bis sechs Jahren 5000 Einwohner hinzugewonnen, so dass wir jetzt bei knapp 91.000 Einwohnern liegen. Wir haben in Ludwigsburg in den letzten fünf Jahren die Zahl der Arbeitsplätze von 42.500 um 3.500 auf 46.000 ausbauen können. Wenn es aber um die Infrastrukturkosten geht für diese zusätzlichen Einwohner, dann haben wir 2014 immer noch ein Abrechnungssystem in der Zuweisung der Lohn- und Einkommenssteueranteile, die auf das Jahr 2007 zurückgeht. Und das, obwohl die technologischen Möglichkeiten heutzutage es erlauben würden, problemlos die Zahlen beispielsweise des Jahres 2013 für 2014 zugrunde zu legen. Hier geht es um

weitere mindestens zwei bis drei Millionen Euro, die erst nach einigen Jahren zeitverzögert bei uns im Haushalt ankommen, obwohl wir heute schon diese Strukturkosten haben.

Wir werden natürlich von diesen zusätzlichen Steueranteilen profitieren, aber wir haben im Moment das Problem eines entsprechenden Zeitverzugs. Nimmt man all diese Effekte zusammen, dann liegen wir bei weit über sieben Millionen Euro pro Jahr, die im Moment unseren Haushalt zusätzlich belasten. Diese haben maßgeblichen Anteil daran, dass wir trotz kerngesunder Finanzen im Vergleich zu einem Großteil der anderen Städten und Gemeinden uns auch mit dem Phänomen beschäftigen müssen, dass wir ohne Gegensteuern in eine Situation driften würden, wo durch die erheblichen Ausgabensteigerungen im Bildungsbereich die Einnahmen eben nicht mehr ausreichen. Und in der ganzen Diskussion, meine Damen und Herren - es gibt ja immer die Frage „Haben wir ein Einnahme- oder Ausgabenproblem?“ - haben wir in Ludwigsburg wie in anderen Städten und Gemeinden ganz bewusst den Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in jedem einzelnen Fall, mit jeder einzelnen Stelle im Gemeinderat beschlossen. Das war und ist unser politischer Wille. Insoweit kann man nicht sagen, wir haben ein Ausgabenproblem, sondern wir haben eine bewusst in Kauf genommene Ausgangssituation, weil es gesellschaftlicher Konsens ist, dass wir mehr brauchen in diesem Bereich.

Aber wir haben das Problem, dass wir von den staatlichen Ebenen bei Weitem nicht die ausreichende Finanzierung für diese zusätzlichen Anstrengungen erhalten. Und insoweit wird es jetzt sehr stark darauf ankommen, dass wir uns sehr gründlich mit der Analyse beschäftigen. Wir haben Ihnen als Stadtverwaltung einen Haushaltsentwurf vorbereitet, der unausweichliche Maßnahmen enthält. Wir könnten natürlich noch zwei, drei Jahre so weiter wirtschaften, würden aber unnötig viel Geld einsetzen, welches wir durch eine intensive Haushaltskonsolidierung schon vor vielen Jahren auf die hohe Kante gelegt haben. Wir haben 70 Millionen Euro ansparen können. Das sind Gelder aus zusätzlichen Steuereinnahmen, die wir durch erhebliche Anstrengungen nicht für den laufenden Bereich verbrauchen mussten. Und wir würden es für strukturell falsch und verfehlt halten, wenn wir jetzt diese angesparten Mittel für den laufenden Bereich einsetzen würden. Diese Gelder sollten wir zur Vermeidung von Schulden für den investiven Bereich verwenden.

Kerngesunde Finanzen auch für die Zukunft sichern

Wir sind der Meinung, wenn sich die laufenden Ausgaben erhöhen, dann sollten wir auch schauen, dass wir, wo es möglich ist, andere Einsparungen realisieren. Wenn man sich aber die Dimension dieser zusätzlichen Ausgaben vor Augen führt, dann wird kein vernünftiger Mensch behaupten können, diese seien ohne zusätzliche Einnahmen zu finanzieren. Und wenn wir Kommunen insgesamt keine deutlich höheren Einnahmen von Bund und Ländern bekommen, dann ist dieses Problem schlicht und einfach von der staatlichen auf die kommunale Ebene verlegt worden. Es liegt an uns in unserer Verantwortung für unsere Stadt, dafür Sorge zu tragen, dass wir das, was wir bisher im Vergleich zu anderen Kommunen durchaus geschafft haben, nämlich weitgehend kerngesunde Finanzen zu haben, auch für die Zukunft sicher stellen.

Wir sind zuversichtlich, meine Damen und Herren, obwohl wir unliebsame Themen auch ungern diskutieren, dass wir uns mit Ihnen gemeinsam in der Analyse sachbezogen und gründlich mit allen Kostenstrukturen beschäftigen und wir dadurch mehr als bislang gleiche Bilder in der Analyse vor Augen haben können. Und wenn eine Analyse gleiche oder ähnliche Bilder zugrunde legt, ist es auch einfacher in der politischen Diskussion, letztendlich die sachgerechten Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ich möchte auch ein Wort dazu verlieren, dass man sich natürlich fragt: „Haben wir auf manchen Innovationsfeldern im Vergleich zu anderen Kommunen vielleicht zu viel getan? Oder sind wir dadurch sozusagen in einer ungünstigeren Phase?“ Wir haben uns in Ludwigsburg in vielen Bereichen in den letzten Jahren zu zusätzlichen Leistungen und Aufgaben bekannt, die mit dem nachhaltigen Stadtentwicklungskonzept in vielfältiger Weise zu tun haben. Ich darf ein paar Beispiele nennen: Uns ist im Zusammenhang mit der nachhaltigen Stadtentwicklung die Attraktivität der Stadt in punkto Sicherheit und Sauberkeit ein ganz zentrales Anliegen. Wir haben gemerkt, dass wir auch in Ludwigsburg erhebliche „Vermüllungstendenzen“ in den letzten Jahren hatten. Das ist ein Phänomen, welches nicht nur in der Zwischenzeit die Universitätsstädte, die großen Städte in Deutschland erfasst hat, sondern bis in die kleinsten Gemeinden hinuntergeht. Wir haben gesagt: Sicherheit, Sauberkeit, gehören zu den Wesensmerkmalen einer attraktiven Stadt, und zwar für unsere Bürgerschaft genauso wie für Kunden und Besucher. Aber dafür war es notwendig, Personal bei den Technischen Diensten aufzustocken, um vermüllte öffentliche Plätze an Wochenenden insbesondere in der wärmeren Jahreszeit zu vermeiden. Das hat die Verwaltung nicht alleine getan. darüber haben wir diskutiert. Die Verwaltung ist nicht befugt und hat in keinem einzigen Fall ohne die notwendigen Beschlüsse des Gemeinderats entsprechende Dispositionen getroffen. Das ist Ihnen allen bekannt! All diese einzelnen Maßnahmen waren kommunalpolitische Entscheidungsprozesse, bei denen wir uns hier mit großen oder mit Mehrheiten im Gemeinderat dazu bekannt haben.

Für mehr Sicherheit den Kommunalen Ordnungsdienst eingerichtet

Wir haben gesehen, dass sich Alkoholexzesse im Umfeld von Bahnhof, Akademiehof und Bärenwiese auch in die Wohngebiete und Stadtteile ausdehnen. Wir spüren, die Kräfte der Polizei reichen allein nicht aus. Daher haben wir dem Bedürfnis der Bürgerschaft nach Sicherheit und angenehmen Aufenthaltsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen Rechnung getragen. Wir haben uns deshalb entschieden, gemeinsam einen Kommunalen Ordnungsdienst mit sechs weiteren Stellen anzuschaffen.

Wir haben uns dazu bekannt, dass wir attraktive Grünanlagen und attraktive Straßen und Plätze haben wollen. Die Wechselwirkung solcher Themen ist überdies zu berücksichtigen, wenn man aktuell die Auseinandersetzung um die Einzelhandelsstandorte verfolgt, die jetzt durch die massive Aufrüstung in Stuttgart mit Milaneo und Gerberviertel zur Diskussion stehen. Und wenn man sich hier mit dem Gedanken beschäftigt, die Reinigungs- und Qualitätsstandards herunter zu fahren - was durchaus eine Möglichkeit wäre, wenn man sparen möchte - dann muss man sich aber auch, wenn man im integrierten Zusammenhang denkt, die Frage stellen: „Schaffen wir es dann trotzdem, im verbitterten Wettbewerb um Umsätze im Einzelhandel, die Attraktivität der Stadt zu bewahren?“

Es ist absehbar, dass Städte, die heute schon an Substanz im Einzelhandel verloren haben, eher auf der Verliererseite sind. Wir gehören zu den wenigen Städten, die bislang nicht nur das Angebot im Einzelhandel und eine attraktive Gastronomie, eine starke Anziehungskraft der Stadt bewahren, sondern zum Teil auch ausbauen konnten. Das heißt, wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen, müssen wir uns auch mit solchen Wechselwirkungen auseinandersetzen und dann gegebenenfalls Entscheidungen treffen.

Ich will dies nicht im Einzelnen weiter ausführen. Wir haben uns aber bei den vergangenen Beratungen, auch gestern im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, darauf verständigt, und ich begrüße das außerordentlich, dass wir uns intensiv mit den Aufgaben beschäftigen, die wir uns in den letzten Jahren insgesamt vorgenommen haben und im Kontext der zusätzlichen Personalkapazitäten in Bildung und Betreuung. Auf dieser Grundlage möchten wir zu einer Abwägung kommen, wie es in Zukunft gelingen kann, die Ausgaben- und die Einnahmenseite des Haushalts zu gestalten. Darüber hinaus möchten wir mit Ihnen den gemeinsamen Weg fortsetzen, um Ludwigsburg auch künftig zu den Städten zählen zu können, die nicht nur eine dynamische und attraktive Entwicklung, sondern gleichzeitig Finanzen haben, die das Prädikatsiegel der Generationengerechtigkeit tragen. Wir setzen uns sehr dafür ein und wir wissen, dass wir bei Ihnen im Grunde dafür auch viele Mitstreiter haben. Ich gebe jetzt das Wort an unseren Kämmerer und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.